



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

28. September 2015

Resolution zur Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung

Landesregierung muss Verfahren ideologiefrei, offen und transparent betreiben

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten Sie, die folgende Resolution auf die Tagesordnung des Kreistags am 29. September 2015 zu setzen.

Resolution

Am 22. September 2015 hat die rot-grüne Landesregierung einen Entwurf zur Leitentscheidung im rheinischen Braunkohlenrevier beschlossen. Statt der ursprünglich vorgesehenen 1,2 Mrd. Tonnen Braunkohle dürfen im Tagebau Garzweiler II in Zukunft nur noch 800 Mio. Tonnen abgebaut werden – eine reduzierte Abbaumenge von einem Drittel. Die rot-grüne Landesregierung schränkt den Braunkohleabbau damit noch weiter ein als sie 2014 zunächst geplant hatte. In 2014 sprach die rot-grüne Landesregierung noch von einem reduzierten Abbau von 300 Mio. Tonnen.

Die rot-grüne Landesregierung hatte im März 2014 die politische Absicht erklärt, die Umsiedlung der Ortschaften Holzweiler, Hauerhof und Dackweiler nicht durchführen zu wollen. Der damit einhergehende Verlust an Abbaufäche für Braunkohle wäre bereits gravierend gewesen. Die jetzigen Festlegungen der rot-grünen Landesregierung übertreffen aber sogar noch die damaligen Forderungen und lösen durch vage Formulierungen Planungs- und Rechtsunsicherheit bei den Menschen im Revier aus.

Mit ihrem Kabinettsbeschluss sorgt die rot-grüne Landesregierung erneut für Verunsicherung in unserer heimischen Energiewirtschaft und den dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Reduzierte Abbaumengen, verbunden mit einem frühzeitigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, würden unseren Wirtschaftsstandort massiv gefährden.

Unsere Bevölkerung und unsere Unternehmen benötigen Planungssicherheit. Wenn bereits getroffene Entscheidungen und Vorfestlegungen der rot-grünen Landesregierung erneut in Frage gestellt und geändert werden, sorgt dies für kontinuierliche Verunsicherung bei allen beteiligten Akteuren.

-1-

CDU-Kreistagsfraktion ■ Münsterplatz 13a ■ 41460 Neuss
Telefon: 02131/21007 ■ Telefax: 02131/21601 ■ E-Mail: post@cdu-rheinkreisneuss.de
■ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ■ Brauereistraße 13 ■ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860 ■ Telefax: 02161/8299861 ■ E-Mail: info@fdp-rkn.de ■ Internet: www.fdp-rkn.de

Rund 35.000 Arbeitsplätze hängen in unserer Region direkt oder indirekt von der Braunkohle ab. Dazu zählen neben den energieintensiven Unternehmen auch die chemische Industrie und die Lebensmittelindustrie. Allein im Rhein-Kreis Neuss sind etwa 5.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Aluminiumindustrie, etwa 7.000 in der Chemieindustrie beschäftigt.

Darüber hinaus gefährdet die rot-grüne Landesregierung mit ihrem Entwurf zur Leitentscheidung im rheinischen Braunkohlenrevier auch die Versorgungssicherheit unserer Region mit sicherem, bezahlbarem und vor allem grundlastfähigem Strom. Allein durch regenerative Energien kann die Grundlast für Bevölkerung und Unternehmen bislang nicht garantiert werden. Die Braunkohle bleibt damit als fossiler Energieträger auch in Zukunft ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil im Energiemix der nationalen Energieversorgung.

Vor diesem Hintergrund fordert der Rhein-Kreis Neuss die rot-grüne Landesregierung dazu auf,

- ihren Leitentscheidungsentwurf vom 22. September 2015 zurückzunehmen.
- das Verfahren zur Leitentscheidung im rheinischen Braunkohlerevier, wie von der rot-grünen Landesregierung zugesichert, transparent und ergebnisoffen zu betreiben und dabei insbesondere auf Vorfestlegungen zum reduzierten Umfang der Braunkohlegewinnung im Tagebau Garzweiler II zu verzichten.
- die Verunsicherung der Energiewirtschaft, der energieintensiven Unternehmen, der Belegschaften und unserer Bevölkerung zu beenden und klarzustellen, dass auch über 2030 hinaus die Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil im Energiemix der nationalen Energieversorgung sein wird.
- zu berücksichtigen, dass etwa 15% der jährlichen Menge an Rohbraunkohle zu Veredelungsprodukten umgewandelt und überwiegend zur dezentralen Strom- und Wärmeerzeugung sowie für industrielle Prozesse eingesetzt wird.
- die Braunkohle nicht nur vor dem Hintergrund der Verstromung, sondern auch als wichtigem Rohstoff in der chemischen Industrie zu betrachten. Braunkohle muss auch in Zukunft zur stofflichen Weiterverarbeitung zur Verfügung stehen.
- einen möglichen Mindestabstand zur Abbaugrenze von 400 Metern zur Ortschaft Holzweiler nachvollziehbar zu begründen, um eine Übertragung auf andere Tagebaue und Tagebaurandorte zu vermeiden. Eine Abstandsvergrößerung auf 400 Meter bedeutet nicht nur einen weiteren Verlust von Abbaufäche, sondern auch, dass die Ortschaft Holzweiler anders behandelt würde als andere Tagebaurandorte.
- sicherzustellen, dass auch bei einem verkleinerten Abbaufeld alle Wiederherstellungsverpflichtungen erfüllbar bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter W. Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion

Bijan Djir-Sarai
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion

-2-